

Gaspreisbremse kostet Bundesregierung 54 Milliarden Euro, Lachgas-Verbot in den Niederlanden ab 2023, 600.000 Deutschen droht die Überschuldung

Gaspreisbremse kostet Bundesregierung 54 Milliarden Euro

Industrie und Haushalten sollen über die Gaspreisbremse bis Frühjahr 2024 mit insgesamt 54 Milliarden Euro entlastet werden. Davon würden etwa 33 Milliarden Euro Haushalten und Gewerbe zufließen und 21 Milliarden Euro der Industrie, heißt es in einem ersten Entwurf des Gesetzes zur Gaspreisbremse, aus dem die Nachrichtenagentur Reuters zitiert. Das Geld soll aus dem Abwehrschirm von bis zu 200 Milliarden Euro gegen die Energiekrise kommen. Der Entwurf enthält die Eckpunkte zur Entlastung von Gas- und Wärmekunden. Die Gaspreisbremse ist die zweite Stufe der Entlastung nach der sogenannten Dezemberhilfe, die noch dieses Jahr fließen soll. Sie ist bereits in Bundestag und Bundesrat beschlossen. Als Dezemberhilfe wird die Übernahme der monatlichen Abschlagszahlung von Gaskunden durch den deutschen Staat im Dezember bezeichnet. ([Manager Magazin](#))

Lachgas-Verbot in den Niederlanden ab 2023

Den Besitz und den Verkauf von Lachgas verbieten die Niederlande. Ab 1. Januar 2023 werde das zur Gruppe der Stickoxide gehörende Gas auf die Liste der verbotenen Rauschmittel gesetzt, teilte das Gesundheitsministerium in Den Haag mit. Ausnahmen gelten unter anderem für medizinische Zwecke sowie die Verwendung als Lebensmittelzusatz. So dürften

Ärzte das Gas als leichtes Betäubungsmittel einsetzen. Der Missbrauch von Lachgas als Rauschmittel hat nach Angaben des Ministeriums in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Seit Jahren hatten Polizei und Kommunen ein solches Verbot gefordert. ([Spiegel Online](#))

600.000 Deutschen droht die Überschuldung

So niedrig wie nie zuvor ist die Zahl der überschuldeten Privatpersonen in Deutschland. 5,88 Millionen Fälle meldet die Wirtschaftsauskunftei Creditreform in ihrem aktuellen Schuldneratlas. Bereits im vierten Jahr in Folge haben sich die Zahlen reduziert, diesmal um 4,4 Prozent oder umgerechnet 274.000 Betroffene. Dennoch gibt es schlechte Nachrichten: Aktuell sind knapp 20 Prozent der deutschen Haushalte gefährdet, die auf sie zukommende Rechnungen für Versorgungsleistungen wie Strom, Wasser, Gas und Wärme nicht sofort bezahlen zu können. Das betrifft somit rund 7,8 Millionen Haushalte und folglich knapp 16 Millionen Personen. Der Energiepreisschock kann für viele zu einer finanziellen Überforderung führen. Etwa 600.000 neue Fälle der Überschuldung hält Creditreform in den kommenden Monaten für „nicht unrealistisch“. Und eine Energiearmutsgefährdung gebe es dabei nicht nur in den unteren Einkommensgruppen. Auch für die mittleren Schichten habe das Risiko deutlich zugenommen angesichts der Wucht des Nachzahlungsschocks und der schwer kalkulierbaren Dauer der inflationären Tendenzen. Mehr dazu [hier](#). ([Welt Online](#))